

07.09.2021

Rede zur Situation in Deutschland

Rede im Deutschen Bundestag, Lesedauer: 12 Minuten

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kanzlerkandidat, eine gewisse Siegesgewissheit kann man Ihnen nicht absprechen. Allerdings geht es nicht darum, Umfragen zu gewinnen, sondern Wahlen. Und 1976 hat Helmut Kohl sogar die Erfahrung machen müssen, dass man Wahlen gewinnen kann und danach trotzdem keine Koalition hat.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben entschieden, hier noch einmal zu reden. Sie haben über die Leistungen Ihrer Kanzlerschaft gesprochen. 16 Jahre dem Land an vorderster Stelle zu dienen, das hat unser aller Respekt verdient. Dennoch muss man feststellen: Am Ende Ihrer Kanzlerschaft ist unser Land nicht in einer Verfassung, die unseren Ansprüchen genügen sollte. Vor vier Jahren hieß es: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ Heute wäre Kontinuität das größte Risiko für unser Land; denn so wie es ist, darf es nicht bleiben.

Drei Krisen - Corona, die Flutkatastrophe und der chaotische Abzug aus Afghanistan - haben uns allen in diesem Sommer noch einmal vor Augen geführt, wo die Defizite liegen. Manche erfinden ja gerne, zumal in Wahlkämpfen, neue Aufgaben für unseren Staat. Aber unser Staat hat schon viele Aufgaben: Bundeswehr, Bildung, digitale Infrastruktur und Verwaltung, Justiz, Katastrophenschutz und Polizei. Statt fortwährend neue Aufgaben für diesen Staat zu erfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir uns der Staatsaufgabe Nummer eins widmen, nämlich wieder zu funktionieren.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind zweifellos groß. Dringlich ist, dass wir in der Pandemie schnellstmöglich zu einem gesellschaftlichen Normalzustand zurückkehren. Mit Tests und Hygienekonzepten haben wir zum einen Instrumente an der Hand, zum anderen aber brauchen wir schnell Fortschritte bei den Impfungen. Wo sind die mobilen Impfteams, über die so intensiv gesprochen wird? Auf dem Campus der Universität, in den Stadtteilen, vor den Einkaufszentren, bei Sport- und Kulturveranstaltungen. Nicht mehr die Menschen sollten zum Impfstoff gehen; der Impfstoff muss jetzt zu den Menschen kommen.

Einmal muss es doch gelingen, dass wir wortwörtlich vor die Welle kommen. Wir brauchen nämlich eine politische Garantie, dass es in diesem Herbst eben nicht noch einmal zu pauschalen Freiheitseinschränkungen, nicht noch einmal zu einem auch nur teilweisen Lockdown kommt. Der Bundesgesundheitsminister hat unlängst in einer Zeitung gesagt, er fordere die Menschen auf, nur noch kurz bis zum Frühjahr durchzuhalten. - Ich glaube, es ist die Verantwortung der Politik, dass wir in diesem Herbst schon wieder gesellschaftliches Leben für alle garantieren können.

Nach der Pandemie müssen wir die Erholung der Wirtschaft organisieren. Die Staatsfinanzen müssen stabilisiert werden. Wir müssen Tempo bei der Digitalisierung machen, um unser Land international konkurrenzfähig zu halten. Der demografische Wandel macht eine Umstellung

unserer Sozialsysteme notwendig. Und im Kampf gegen den Klimawandel unseren Charakter als Industrienation zu erhalten, das wird die Aufgabe dieses Jahrzehnts sein. Wenn der Kanzlerkandidat der CDU sagt, vor uns stehe ein Erneuerungs-, ein Modernisierungsjahrzehnt, dann hat er recht. Aber was für ein trauriges Zeugnis stellt er damit zugleich seiner eigenen Partei aus, die 16 Jahre dieses Land regiert hat.

Und dennoch schauen wir nicht mit Pessimismus in die Zukunft, ganz im Gegenteil. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen nicht nur bewältigen können, sondern dass in ihnen Chancen liegen. Wir können sie nicht nur bewältigen, wir können sie zu einem Fortschrittsthema unseres Landes machen. Die Kassandrarufer der AfD haben unrecht, wenn sie fortwährend die Abstiegs Geschichte Deutschlands bemühen. Dieses Land hat unglaublich viel private Initiative. Dieses Land hat unglaublich viel privates Know-how. Dieses Land hat sogar unglaublich viel privates Kapital. Das Problem ist nicht das Land. Das Problem ist eine Regierung, die dieses Land fortwährend unterfordert und bürokratisch fesselt.

Der Kanzlerkandidat Scholz hat hier eben eine Reihe von Garantien gegeben, ökologische und soziale Vorhaben vorgestellt. Davon hört man viel auch in diesen Wochen von allen politischen Akteuren. Und ja, auch wir als Fraktion der Freien Demokraten haben soziale und ökologische Vorhaben. Da wollen wir uns von niemandem übertreffen lassen. Trotzdem, Herr Scholz, haben Sie in Ihrer sehr umfänglichen Rede nur cursorisch die Grundlage jeder sozialen und ökologischen Politik angesprochen. Die Grundlage nämlich für alle sozialen und ökologischen Ziele, die auch Sie hier vorgestellt haben, ist ein stabiles wirtschaftliches Fundament. Ohne eine starke Wirtschaft ist alles, was auch Sie an Zusagen gegeben haben, eine unrealisierbare, unfinanzierbare Träumerei.

Deshalb dürfen wir Wahlkämpfe nicht mehr nur mit dem Versprechen der Ausdehnung von staatlichen Leistungen, Subventionen und anderem machen, sondern wir müssen uns auch der Frage stellen, wie dieses Land diese Herausforderungen bewältigen kann, wie wir unser wirtschaftliches Fundament stärken. Sie haben gerade gesagt, Herr Scholz, wir wachsen heraus aus der Krise. Tatsächlich hatte Deutschland im zweiten Quartal 1,5 Prozent Wachstum. Aber ist das tatsächlich die Dimension, die wir zur Sicherung unseres Wohlstands benötigen? Für Deutschland insgesamt wird dieses Jahr 3,4 Prozent Wachstum prognostiziert. Für die Vereinigten Staaten von Amerika indessen sind es 7 Prozent, für China 8,1 Prozent Wachstum. Selbst Italien wird mit 4,2 Prozent Wachstum eine dynamischere Wirtschaft haben als wir. Das ist keine statistische Größe; das ist Realität. Es sagt nicht die Opposition, sondern die Zahlen sagen: Unser Land kommt schlechter aus der Krise als die Wettbewerber. - Das zeigt, dass Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Und das, meine Damen und Herren, bedeutet übersetzt: Millionen von Bürgerinnen und Bürger haben schlechtere Chancen auf sozialen Aufstieg als anderswo in Europa und der Welt.

Aus diesem Grund kann und darf sich die Politik nicht länger mehr nur auf das Verteilen des Wohlstands konzentrieren. Da gibt es ja Spezialisten, die sich ausschließlich auf das Verteilen des Wohlstands konzentrieren. Dieses Land muss aber die Frage neu beantworten, wie es diesen Wohlstand unter veränderten Bedingungen überhaupt erwirtschaften will.

Deshalb braucht unsere Wirtschaft einen Kickstart aus der Krise. Wir müssen zur Spitze in der Welt aufschließen. Aber nicht mit bürokratischen Subventionen oder staatlich gelenkten

Konjunkturprogrammen, sondern durch marktwirtschaftliche Impulse. Herr Scholz, Sie haben hier heute über diejenigen gesprochen, die über Steuerentlastung reden. Sie haben tatsächlich in einem Höchststeuerland diejenigen kritisiert, die Entlastung organisieren wollen. Sie selbst haben aber darüber geschwiegen, dass Ihre Fraktion und diejenigen, die Ihnen politisch nahestehen, in diesem Land breitflächige Steuererhöhungen organisieren wollen. Nach einer solchen Wirtschaftskrise wollen Sie für den Mittelstand die Einkommensteuer, die für diesen ja auch die betriebliche Steuer ist, erhöhen. Nach einer Krise, in der viele Eigenkapital verloren haben! Nach einer Krise, in der Selbstständige ihre Altersversorgung haben angreifen müssen! Nach einer solchen Wirtschaftskrise wollen Sie allen Ernstes einen Aufschwung mit Steuererhöhungen organisieren? Ich sage Ihnen, das glatte Gegenteil wäre richtig: Auf eine Wirtschaftskrise antwortet man mit Entlastung.

Ein Beispiel. Ich will ganz sicher nicht in jedem Punkt auf die britische Politik Bezug nehmen. Aber tatsächlich hat die Regierung im Vereinigten Königreich nun ein Superabschreibungsprogramm vorgelegt: 130 Prozent Abschreibung auf Investitionen im ersten Jahr. - Das müssen wir in Deutschland nicht eins zu eins übernehmen; denn so zurückhaltend bei Investitionen wie die britische Wirtschaft sind der deutsche Mittelstand und die deutsche Industrie nicht. Trotzdem sollten wir uns daran orientieren. Der konkrete Vorschlag ist: Wir brauchen in Deutschland ebenfalls super Abschreibungen. Geben wir den Betrieben eine Phase, in der sie hohe Investitionen in die Anlagen binnen zwei Jahren abschreiben können. So mobilisieren wir private Investitionen in saubere Technologie, in Investitionen für den Klimaschutz, die Digitalisierung, die Modernisierung unseres Landes. Und sorgen wir mit einer Pause für zusätzliche Bürokratie à la Lieferkettengesetz dafür, dass sich die Betriebe auf das konzentrieren können, was jetzt nottut, nämlich die Sicherung und die Schaffung von Jobs.

Zur ökonomischen Transformation gehört ja auch, die ökologische Transformation mitzudenken. Wir müssen allerdings klären, in welche Richtung wir uns entwickeln wollen. Hier in Berlin sprechen die Grünen ja davon, dass sie aus unserer Hauptstadt ein Bullerbü machen wollen. Ich habe mitunter den Eindruck, dass Bullerbü auch ihr Leitbild für die Zukunft unseres Industriestandorts sein könnte: eine ländliche Dorfidylle mit subventioniertem Lastenfahrrad. Aber bei aller Liebe zu Astrid Lindgren und Bullerbü: Ich kann mich nicht erinnern, jemals gelesen zu haben, wovon die Menschen in Bullerbü eigentlich leben. Deshalb kann das kein Leitbild für Deutschland sein.

Aber wir können im Klimaschutz Vorreiter sein; wir müssen es sogar. Wir können zeigen, dass Klimaschutz nichts Belastendes ist. Die Schweiz ist ein mahnendes Beispiel. In der Schweiz hat sich selbst die jüngere Generation gegen ein Klimagesetz ausgesprochen, und zwar deshalb weil sie das Gefühl hatte, in ihrer freien Lebensführung und in ihren wirtschaftlichen Perspektiven beschnitten zu werden. Genau das sollte uns eine Mahnung sein.

Einer der führenden deutschen Intellektuellen, Heinz Bude, hat neulich der Ihnen nahestehenden Tageszeitung „taz“ ein Interview gegeben. Bude sagt - Zitat -: Ich empfehle dem grünen Milieu eine nähere Beschäftigung mit der FDP; denn angesichts des Klimaschutzes droht das Individuum unter die Räder zu geraten. - Und Heinz Bude hat recht: Mit der Art und Weise, wie Sie Klimaschutz machen wollen, gerät das Individuum mit seinem Recht auf Freiheit und wirtschaftliche Perspektive unter die Räder.

Machen wir uns ehrlich. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ - jetzt einmal die „FAZ“, nicht die „taz“ - schrieb neulich, dass unsere Energie- und Klimapolitik inzwischen ein Labyrinth sei von sich zum Teil widersprechenden Geboten, Verboten, Subventionen, Anreizen und Programmen. Fangen wir bei dieser wichtigen Aufgabe neu an. Geben wir ein klares Ziel vor - null Emissionen im übernächsten Jahrzehnt -, aber setzen wir zur Erreichung auf die Marktwirtschaft; denn sie hat historisch und international bewiesen, dass sie im Umgang mit knappen Ressourcen allen anderen Ordnungen überlegen ist. Herr Scholz, Sie haben recht: Der Strombedarf der deutschen Wirtschaft steigt. - Aber nicht alleine die Kapazität der Energieerzeugung in Deutschland ist entscheidend. Wir müssen auch wieder die Frage nach der Bezahlbarkeit der Energie stellen. Deshalb kann das Erneuerbare-Energien-Gesetz eben nicht so bleiben, wie es ist. Und deshalb war es richtig, dass in der Vergangenheit - so viel Lob an CDU und CSU - bei den Ausbauzielen auch auf den Preis geachtet wurde.

Dass „German Engineered Klimaschutz“ funktioniert, zeigt, nebenbei gesagt, die IAA. Die deutsche Schlüsselindustrie hat sich längst für ihre Zukunftsaufgaben aufgestellt. Mit innovativen und sauberen Produkten werden wir auch in Zukunft das Autoland Nummer eins sein können. Deshalb braucht diese Industrie mit ihren Milliarden an Gewinnen nicht mehr die Subventionen, die nahezu alle Fraktionen dieses Hauses unverändert ins Schaufenster stellen. Um es klar zu sagen: Es ist absurd, dass der deutsche Steuerzahler auch die E-Autos für Gutverdiener über den Lebenszyklus mit bis zu 20 000 Euro fördert, während wir pro Schuljahr und Schüler nur 8 200 Euro in die Bildung investieren.

Die Automobilbranche - bei allem Respekt - braucht Technologieoffenheit, damit zum Beispiel auch synthetische Kraftstoffe als Teil des Energieimports im Markt eine Chance haben. Aber die Automobilbranche braucht keine Geldgeschenke der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr. Von einem Weg des Verzichts und der Verbote raten wir also ab.

Herr Scholz hat ja darauf hingewiesen, dass auch er den Wunsch nach Prosperität und Wohlstand in anderen Weltregionen respektiert. Das teile ich. Aber, Herr Scholz, wenn wir Vorreiter sein wollen, dann sollten Sie auch in das Programm Ihrer Partei und in das von Bündnis 90/Die Grünen schauen. In diesen Programmen ist nämlich nicht die Rede davon, dass man Klimaschutz durch Technologie, durch Marktwirtschaft und Fortschritt machen wolle, sondern überwiegend finde ich auch in Ihrem Programm die breite Phalanx der kleinteiligsten Eingriffe in das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Leben - Stichwort „Tempolimit“. Als ob zum Beispiel ein Tempolimit einen Beitrag zur Bekämpfung der Erderwärmung leisten würde! Es ist ausschließlich eine Wertefrage. Es leistet keinen Beitrag zur Bekämpfung der Erderwärmung. Es ist nur die Wertefrage, ob man erwachsenen Menschen mündige, verantwortliche Entscheidungen zutraut oder nicht. Mehr ist das nicht.

Mein Vorschlag ist deshalb ein anderer. Warum stellen wir solche kleinteiligen Reglementierungen nicht an die Seite? Im nächsten Jahr wird Deutschland den Vorsitz der G 7 haben. Wir werden die G-7-Präsidentschaft haben. Machen wir doch das Thema „Klimaschutz durch Technologie“, machen wir doch globale Partnerschaft beim Klimaschutz zum Leitgedanken der deutschen G-7-Präsidentschaft im nächsten Jahr. Wie ungleich größer wäre das als die kleinteiligen Debatten über Tempolimits in Deutschland.

Schützen wir die Handlungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen - aber nicht nur durch Klimaschutz, sondern auch durch solides Haushalten. Nach Corona stehen wir vor

Rekordschulden. Und liegt das wirklich an der Pandemie? Wenn man die Finanzpolitik von Olaf Scholz vor 2020 betrachtet, ergibt sich ein anderes Bild; denn die Staatsquote ist kontinuierlich gestiegen. 2019 lag sie bei 45,2 Prozent. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen ist viel zu wenig für Schuldenabbau und Konsolidierung eingesetzt worden. Die Bundesaussgaben sind in den letzten Jahren doppelt so stark gestiegen wie die Realwirtschaft. Und zu viele Staatsausgaben sind in konsumtive Bereiche geflossen, nicht in Investitionen. Es ist nicht die Schuldenbremse, die uns an Investitionen gehindert hat, es waren die politischen Leitentscheidungen für den Staatskonsum. Lediglich 3,9 Prozent der Milliarden an Steuereinnahmen seit 2013 sind in Investitionen geflossen, die unser Land moderner gemacht hätten, fast 50 Prozent der Steuermehreinnahmen dagegen in den staatlichen Konsum. Der ehemalige Chefökonom des BMF, Ludger Schuknecht - auf den hätten Sie hören sollen! -, hat von einer Verdrängung der Investitionen durch den staatlichen Konsum im Haushalt gesprochen und davor gewarnt. Diese Stimme der Vernunft musste auf Entscheidung von Olaf Scholz das Finanzministerium verlassen. Und das ist für mich ein deutlicher Beleg: Nicht die Pandemie hat die Staatsfinanzen ruiniert. Das war zuvor schon die Haushaltspolitik von Olaf Scholz.

Die Folgen expansiver Finanzpolitik sehen wir allerdings schon heute: Die Inflation liegt bei 3,9 Prozent - so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Prognosen gehen von einem Anstieg auf 5 Prozent aus. Das trifft kleine und mittlere Einkommen. Das trifft die Rentnerinnen und Rentner; denen kann man nicht wie den Jüngeren empfehlen: Geht in Aktien! - Für die ist es aufgrund ihrer Lebenssituation möglicherweise gar nicht empfehlenswert, in langfristige Anlagen zu gehen, die natürlich in der kurzfristigen Betrachtung auch ein Risiko haben werden. Gerade die Rentnerinnen und Rentner, die Kleinsparer, die Menschen mit kleinem Einkommen, all die werden durch Inflation getroffen. Selbstverständlich hat die Inflation etwas mit unterbrochenen Lieferketten und Sondereffekten zu tun. Aber lassen wir in diesem Zusammenhang nicht die Politik unserer Europäischen Zentralbank aus den Augen. Die EZB musste aufgrund der enormen Verschuldungssituation in Europa zu künstlich niedrigen Zinsen greifen, zu Anleiheankaufprogrammen. Sie hat deshalb gar nicht mehr das Instrumentarium wie die amerikanische Notenbank, um auf die Inflation zu reagieren. Deshalb Armin Laschet - er sagt ja, er reise nicht mit dem Taschenrechner nach Brüssel -, deshalb Herr Scholz, der Sie hier von Integration sprechen, erwarten wir noch vor der Bundestagswahl ein klares Statement, dass Deutschland in der nächsten Legislaturperiode wieder - ich sage besser: wieder - Anwalt von Stabilität in Europa ist. Die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion muss unser Anliegen bleiben.

Machen wir die Sozialversicherungssysteme nachhaltig. Der demografische Wandel droht unsere Sozialkassen zu überfordern. Alimentierung mag edlen Motiven folgen, nachhaltig ist sie nicht. Das Gros der Menschen will eben nicht Transfers, sondern faire Chancen auf einen Job. Deshalb muss das neue gesellschaftliche Projekt die Erneuerung des Aufstiegsversprechens sein. Gute Bildung ist dazu der Schlüssel. Wir müssen dafür sorgen, dass der eigene Wohlstand nicht durch das Elternhaus vorgezeichnet wird. Es ist Zeit, dass wir Bildung auch für den Bund zu einem Schlüsselprojekt machen, damit der Bund investieren darf in Kitas, Schulen und Hochschulen, dass wir eine Exzellenzinitiative bekommen - nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für den beruflichen Bereich. Das Kooperationsverbot muss fallen. Und für die Menschen, die trotz Arbeitslosigkeit in eine schwere Lebenssituation geraten, muss es Aufstiegschancen geben.

Herr Scholz, Sie sprechen von 12 Euro Mindestlohn. Wer einen Minijob hat, hat dadurch kein höheres Einkommen, sondern wird gezwungen, weniger zu arbeiten. Das allein hilft Menschen nicht. Wie viele Menschen im Mindestlohn haben einen Minijob? Was ist mit der alleinerziehenden Mutter im Hartz-IV-Bezug? Der wollen Sie, wenn sie einen Minijob hat, zwar den Mindestlohn erhöhen; aber die Zuverdienstgrenzen werden nicht erhöht. Sie wird weiter 80 Prozent ihres Zuverdienstes abgeben; und das ist der größte Skandal der Aufstiegsungerechtigkeit in Deutschland.

Deshalb: Wir stehen vor Richtungsentscheidungen in diesem Land. Unsere Botschaft ist klar: Freiheit vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen und mehr Freude am Erfinden als am Verboten.